

MSG Moderne Stadtgeschichte, Bd. 51/1 (2020), 86-105

DOI: 10.60684/msg.v51i1.2020107

Matthias Lieb

Museum für Kommunikation Frankfurt

**Natur- und Umweltschutz in der Stadt. Bürgerschaftliches Engagement,
Initiativen und politischer Verhaltensstil in Mainz und Wiesbaden**

MSG Moderne Stadtgeschichte

ISSN: 2941-6159 online

<https://moderne-stadtgeschichte.de>

Dieses Werk steht unter der Lizenz Creative Commons Namensnennung 4.0 International.

Bei den Abbildungen sind eingeschränkte Lizenzformen möglich, Weiternutzungsrechte
sind gesondert abzuklären.

© Matthias Lieb 2020



Matthias Lieb

Natur- und Umweltschutz in der Stadt. Bürgerschaftliches Engagement, Initiativen und politischer Verhaltensstil in Mainz und Wiesbaden¹

The history of the environmental protection movement in Germany has raised much interest among researchers over the past few years. Surprisingly, cities as case studies have played a limited role in this context. This paper presents results from a research project that emphasises the relevance of the urban perspective and the importance of urban groups for the dissemination of the political agenda of environmental protection. Drawing on examples from the German cities of Mainz and Wiesbaden, this article analyses the different forms which civic commitment for the protection of nature and environment took in the 1970s and 1980s. It shows that a pluralisation of political styles took place, which helped to establish the discourse about nature and environmental protection within the cities' societies and beyond.

Der Sommer 1976 galt seinerzeit als besonderes Wetterereignis und sorgte in ganz Europa für bis dahin ungekannte Rekordtemperaturen.² Es ist daher nicht verwunderlich, dass viele Menschen in der Hoffnung auf etwas Abkühlung in den Nächten die Fenster ihrer Häuser und Wohnungen offen stehen ließen. Auch in Wiesbaden und Mainz sehnte man sich nach einigen Stunden Erholung von der Hitze. Aber eine nicht genauer auszumachende Emission machte das Öffnen der Fenster zu einer Qual und führte im Frühjahr und Sommer 1976 zunächst zu einer Welle von Beschwerden von BürgerInnen beider Städte, die sich vor allem über die neu eingerichteten Umwelttelefone direkt an die Stadtverwaltungen wandten.³ Nicht wenige klagten dabei über Unwohlsein, Atembe-

¹ Der folgende Beitrag basiert auf Abschnitten meiner Dissertation: Matthias Lieb, Bürgerschaftliches Engagement für den Umweltschutz in der Stadt. Mainz-Wiesbaden-Freiburg i.Br. (eingereicht am 15.03.2018, TU Darmstadt), die im Rahmen der Schriftenreihe Beiträge zur Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung erscheinen wird.

² Vgl. Hitzewelle - „Wie Plagen aus alter Zeit“, in: Der Spiegel, 28/1976.

³ Vgl. zur Einrichtung des Umwelttelefons in Mainz: Matthias Lieb, Bürgerschaftliches En-

schwerden, Kopfschmerzen und Schlafstörungen. Eine Betroffene aus Wiesbaden beschrieb den Geruch als „Katzendreckartig [sic!]" und als Auslöser für „Übergebungsgefühle“. An den zuständigen Ausschuss der Stadtverordnetenversammlung gewandt, appellierte sie an die „Umweltschützer dieser Stadt“, die doch im Stande sein müssten, hier Abhilfe zu schaffen.⁴ Die Dame spielte damit auf die Einrichtungen in Politik und Verwaltung an, die seit dem Aufkommen des Umweltschutzes als neuem politischem Handlungsfeld Anfang der 1970er Jahre in den Städten geschaffen worden waren.⁵

Obwohl offenbar größere Teile der Bevölkerung über Tage und Wochen durch die Geruchsbelästigung eingeschränkt waren und bisweilen auch gesundheitliche Beeinträchtigungen erlitten, lässt sich kein Zusammenschluss auf bürgerschaftlicher Ebene ausmachen. Vielmehr nutzten die Betroffenen individuell die bereitgestellten Meldemöglichkeiten für Umweltverschmutzungen. Nur vereinzelt wurde mit Hilfe von Leserbriefen auch eine breitere Öffentlichkeit gesucht.⁶ Das ist unter anderem auch deshalb erstaunlich, weil sich bei einem ähnlichen, wenn auch längerfristigen Fall von Geruchsbelästigung in den Jahren 1972-74 im Mainzer Stadtteil Hechtsheim durchaus Interessengemeinschaften gebildet hatten.⁷ Allerdings ging es den BeschwerdeführerInnen auch hier nicht um Umweltschutz allgemein, sondern um eine Verbesserung ihrer konkreten Situation. Verknüpfungen mit dem noch jungen Begriff des Umweltschutzes wurden dabei vor allem dann hergestellt, wenn den (mutmaßlich) verantwortlichen Behörden eine Doppelmoral unterstellt werden sollte, da sie sich an anderer Stelle für eine Verbesserung des Umweltschutzes stark machen würden. In der Regel verbarg sich dahinter jedoch keine grundsätzliche Kritik am politischen und wirtschaftlichen System.⁸

agement für den Umweltschutz in Mainz und Wiesbaden, in: Jens Ivo Engels u.a. (Hrsg.), Nachhaltige Stadtentwicklung. Infrastrukturen, Akteure, Diskurse, Frankfurt a. M. 2017, S. 27-51, hier S. 31.

⁴ Vgl. Niederschriften und Anlagen zur Sitzung des Umweltausschusses (UA) am 10.08.1976, in: Stadtarchiv Wiesbaden STVV 678.

⁵ Vgl. zur Frühphase deutscher Umweltschutzpolitik: Kai F. Hünemörder, Die Frühgeschichte der globalen Umweltkrise und die Formierung der deutschen Umweltpolitik (1950-1973), Stuttgart 2004, hier Kapitel 5. Für erste Implementierungen des Umweltschutzes auf kommunaler Ebene in Mainz und Wiesbaden auch: Lieb 2017, S. 30-34 und 40-41.

⁶ Vgl. Niederschriften und Anlagen zur Sitzung des UA am 10.08.1976, in: Stadtarchiv Wiesbaden STVV 678.

⁷ Vgl. zu diesem Fall: Lieb 2017, S. 32-34.

⁸ Vgl. etwa: Robert Merker an Oberbürgermeister (OB) Fuchs, 30.03.1973; Jürgen Schorr an Stadt Mainz, 09.07.1973; Evangelische Arbeitnehmerschaft in Hessen und Nassau-Arbeitskreis Mainz an OB Fuchs, 21.12.1973, in: Stadtarchiv Mainz, 100 / 1987/027, 171; Frank-Horst Stauder an Stadt Mainz, 29.04.1974, in: Stadtarchiv Mainz VOA 12 / 2203.

Anders verhielt sich die *Bürgerinitiative Umweltschutz Mainz-Wiesbaden e.V. (BIU)*, die sich im September 1976 im Rahmen der Aufklärung zur Herkunft des „Katzenkotgeruchs“ mit offenen Briefen an den Umweltausschuss der Stadt Wiesbaden und das Dezernat für Umweltschutz in Mainz in die Debatte einschaltete. Inzwischen hatten die Behörden auf beiden Seiten des Rheins Nachforschungen angestellt und schließlich das Klärwerk eines Chemieunternehmens auf der Rheininsel Petersaue zumindest für einen Teil der Geruchsbelästigungen verantwortlich gemacht.⁹ Statt direkter Betroffenheit waren für die *BIU* andere Motive ausschlaggebend: Es wurde zum einen das vermeintlich über Jahre andauernde Fehlverhalten der Betriebsleitung thematisiert, die billigend in Kauf genommen habe, neben Gestank auch Giftstoffe zu verbreiten. Zum anderen wandte sich die Initiative an die Behörden und politisch Verantwortlichen, die dies zugelassen hätten. Diese würden nun hinter verschlossenen Türen verhandeln und die Betroffenen weiter in Unkenntnis lassen. Mit Hilfe gesammelter Unterschriften verlieh die *BIU* ihren Forderungen nach Öffentlichkeit der folgenden Ausschusssitzungen und einer lückenlosen Aufklärung des Sachverhaltes Ausdruck.¹⁰ Mit der *BIU* hatte sich ein neuer Akteur in die Aushandlung städtischen Umweltschutzes in Mainz und Wiesbaden eingeschaltet. Die Gruppe trat offensiv auf, nahm für sich in Anspruch, die Interessen der BürgerInnen zu vertreten und zweifelte dabei die Aufrichtigkeit der Bemühungen kommunaler und staatlicher Institutionen an. Zugleich stand sie den Großunternehmen vor Ort skeptisch gegenüber und beklagte deren Profitorientierung auf Kosten von Umwelt und Bevölkerung.

Die *BIU* ist ein Beispiel für die Veränderung und Pluralisierung des bürger-schaftlichen Engagements im Umweltschutz im Laufe der 1970er Jahre. Sie nahm Einfluss auf die gesellschaftliche und politische Aushandlung entsprechender Vorstellungen und Maßnahmen. Damit war sie Teil eines bundesweiten Trends, der in den letzten Jahren sowohl bezüglich der Arbeit staatlicher Stellen als auch der Tätigkeiten von Organisationen, Vereinen und Initiativen intensiv erforscht worden ist.¹¹ Vor allem die Arbeiten von Jens Ivo Engels und

⁹ Vgl. Niederschriften und Anlagen zur Sitzung des UA am 10.08.1976, in: Stadtarchiv Wiesbaden STVV 678; Niederschriften und Anlagen zu den Sitzungen des UA, 09./10.1976, in: Stadtarchiv Wiesbaden STVV 679.

¹⁰ Vgl. *BIU* an Gewerbeaufsichtsamt Wiesbaden, 02.09.1976, in: Stadtarchiv Wiesbaden STVV 679; Das stinkt doch zum Himmel?, in: Provinz Nr. 6, [10.1976], S. 6 f.

¹¹ Vgl. hier unter anderem: Hans-Werner Frohn/Friedemann Schmoll, *Natur und Staat. Staatlicher Naturschutz in Deutschland 1906–2006*, Bonn-Bad Godesberg 2006; Almut Leh, *Zwischen Heimatschutz und Umweltbewegung. Die Professionalisierung des Naturschutzes in Nordrhein-Westfalen 1945–1975*, Frankfurt a. M./New York 2006; Monika Bergmeier, *Umweltgeschichte der Boomjahre 1949–1973. Das Beispiel Bayern*, Münster u. a. 2002;

Ute Hasenöhl haben zu einem besseren Verständnis der Veränderungen beigetragen, die sich im Zuge der 'ökologischen Wende' Anfang der 1970er Jahre vollzogen. Im Rahmen ihrer Untersuchungen machen sie mit Hilfe von Beispielen auf regionaler, Landes- und Bundesebene deutlich, dass dieser Prozess mehr als Evolution statt als Revolution zu verstehen ist. Den entscheidenden Wandel machen sie schließlich in der Erweiterung der Trägerschichten des Natur- und Umweltschutzes wie auch der Formen des öffentlichen Auftretens und in dem Verhältnis der AkteurInnen zu den staatlichen Institutionen aus.¹² Die Frage, ob und wie sich diese Entwicklungen auch in anderen Bezugsebenen kontextualisieren und nuancieren lassen, wurden zuletzt vor allem in Form von Studien zu transnationalen Verflechtungen von Umweltpolitik und Umweltbewegung beziehungsweise in globalgeschichtlicher Perspektive aufgegriffen.¹³

Der Umweltschutz in der Stadt fand hingegen bislang keine große Aufmerksamkeit in der historischen Forschung. Dies gilt für die Ebene der kommunalen Politik und Verwaltung wie auch für die bürgerschaftlichen Strukturen in den Städten. Dies ist bemerkenswert, da die neu hinzugekommenen Trägergruppen des Umweltschutzes urban geprägt waren.¹⁴ Zudem waren es häufig die städtischen Ableger der etablierten Tier- und Naturschutzverbände, die seit Ende der 1970er Jahre deutlich an Mitgliedern gewannen und die Verbandsarbeit

Hünemörder, Die Frühgeschichte; Frank Uekötter, Naturschutz im Aufbruch. Eine Geschichte des Naturschutzes in Nordrhein-Westfalen 1945–1980, Frankfurt a. M./New York 2004; William T. Markham, Environmental organizations in modern Germany. Hardy survivors in the twentieth century and beyond, New York 2008.

¹² Vgl. Jens Ivo Engels, Naturpolitik in der Bundesrepublik. Ideenwelt und politische Verhaltensstile in Naturschutz und Umweltbewegung 1950–1980, Paderborn u. a. 2006; Jens Ivo Engels, Modern Environmentalism, in: Frank Uekötter (Hrsg.), The Turning Points of Environmental History, Pittsburgh 2010, S. 119–131, hier S. 130f.; Ute Hasenöhl, Zivilgesellschaft und Protest. Eine Geschichte der Naturschutz- und Umweltbewegung in Bayern 1945–1980, Göttingen 2011, insgesamt und speziell S. 494, 501f. und 507f.

¹³ Thorsten Schulz-Walden, Anfänge globaler Umweltpolitik. Umweltsicherheit in der internationalen Politik (1969–1975), München 2013; Jan-Henrik Meyer/Astrid Mignon Kirchoff (Hrsg.): Global Protest against Nuclear Power. Transfer and Transnational Exchange in the 1970s and 1980s, Historical Social Research 39:1, 2014; Andrew Tompkins, Better Active than Radioactive! Transnational Anti-Nuclear Protest in 1970s France and West Germany, Oxford 2016. Eine 2019 veröffentlichte Konferenzankündigung unterstreicht diesen Trend: European Infrastructures and Transnational Protest Movements, 12.12.2019 – 13.12.2019 München, in: H-Soz-Kult, www.hsozkult.de/event/id/termine-40001, 11.04.2019; Joachim Radkau, Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte, München 2011.

¹⁴ Vgl. Sven Reichardt, Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren, Berlin 2014, S. 166f.

entschieden mitbestimmten.¹⁵ Wie das einführende Beispiel zeigt, waren und sind Städte zudem Orte, in denen Umweltbelastungen häufig und konzentriert auftreten und zugleich wahrgenommen und problematisiert werden. Dies ergibt sich durch die räumliche und soziale Verdichtung, die Verkehr, Wohnen und Wirtschaften als Problemfelder besonders hervorheben. Eine hinreichende Geschichte des Umweltschutzes kommt daher ohne die Betrachtung der städtischen Ebene nicht aus und profitiert zugleich vom mikrohistorischen Perspektivwechsel, den eine Stadtgeschichte der Umwelt mit sich bringen kann. Das Auftreten und die Praktiken der AkteurInnen werden so besonders sichtbar. Die Genese des Phänomens Umweltschutz lässt sich anhand lokaler Aushandlungsprozesse untersuchen und nachvollziehen.

Die von mir untersuchten, nur durch den Rhein getrennten Landeshauptstädte Mainz und Wiesbaden waren keine Zentren der Umweltbewegung in den 1970er Jahren. Sie liegen im dicht besiedelten Rhein-Main-Gebiet, das jeweilige Umland ist jedoch auch ländlich geprägt. Diese Gemengelage macht sie zu einem interessanten Untersuchungsgegenstand, der neue Erkenntnisse verspricht. Im Rahmen meiner Dissertation konnte ich auf Privatarchive damaliger AkteurInnen zurückgreifen und dadurch einen reichhaltigen Quellenkorpus erschließen. Die Quellen zeigen, wie sich das bürgerschaftliche Engagement und die kommunalen Bemühungen im Bereich des Umweltschutzes entwickelten.

In den Städten lässt sich ab Mitte der 1970er Jahre eine Pluralisierung von Gruppen beobachten, die sich zwar alle mit Fragen des Natur- und Umweltschutzes auseinandersetzten, sich aber hinsichtlich ihres Handelns und Auftretens, kurz: ihres *politischen Verhaltensstils* bisweilen deutlich unterschieden.¹⁶ Entsprechend bildeten sich auch unterschiedliche Formen der Auseinandersetzung mit diesen Themen aus, die sich in Bezug auf ihre Trägerschichten und ihren *politischen Verhaltensstil* differenzieren und analysieren lassen. Trotz des übergeordneten Ziels, dem Schutz von Natur und Umwelt, folgten einzelne Gruppen, Initiativen und Verbände spezifischen Strategien zur Durchsetzung ihrer Anliegen, ordneten ihr eigenes Handeln in größere Zusammenhänge ein und kommunizierten auf verschiedene Weise mit der Bevölkerung und den Kommunen. Damit machten sie umweltpolitische Themen im Verbund oder unabhängig voneinander für Angehörige unterschiedlicher gesellschaftlicher

¹⁵ Vgl. hierzu den Abschnitt zum Deutschen Bund für Vogelschutz Mainz.

¹⁶ Vgl. zum politischen Verhaltensstil: Jens Ivo Engels, „Politischer Verhaltensstil“. Vorschläge für ein Instrumentarium zur Beschreibung politischen Verhaltens am Beispiel des Natur- und Umweltschutzes, in: Franz-Josef Brüggemeier/Jens Ivo Engels (Hrsg.), Natur- und Umweltschutz nach 1945. Konzepte, Konflikte, Kompetenzen, Frankfurt a. M./New York 2005, S. 184-208.

Gruppen anschlussfähig und trugen damit zur *Inkorporierung* und *Normalisierung* des Umweltschutzes auf verschiedenen Ebenen bei.¹⁷

Die bereits angesprochene *Bürgerinitiative Umweltschutz Mainz-Wiesbaden e.V.* (BIU) und der *Arbeitskreis Umweltschutz Wiesbaden (AKU)* waren die wichtigsten Gruppierungen vor Ort, die dem linksalternativen Milieu nahe standen oder sich aus diesem speisten. Gemeinsam mit weiteren AktivistInnen der Neuen Sozialen Bewegungen bildeten sie lokale Alternativkulturen und Netzwerke, die entscheidend zur Thematisierung des Umweltschutzes beitrugen. Ihre Entstehung und ihre Strategien wie auch ihre Wirkungsweise und Verortung in der Stadt sind Gegenstand des folgenden Beitrags. Mit dem lokalen Ableger des *Deutschen Bundes für Vogelschutz (DBV)* in Mainz wird zudem eine Gruppierung in den Blick genommen, die nahezu zeitgleich zu den Bürgerinitiativen neu gegründet wurde. In der Folge gelang es dem Vorstand rasch, die Ortsgruppe zu einem wichtigen Akteur im lokalen und regionalen Naturschutz auszubauen. Daran lässt sich zeigen, wie sich dessen Aufstieg und das politische Auftreten im Vergleich zu den anderen Gruppen unterschied. Der Fokus liegt in beiden Fällen auf den Jahren zwischen 1975 und 1985. Damit werden jeweils die Gründungsphasen sowie die Zeit der Strategieentwicklung und Praxis in den Blick genommen.

1. Neue Initiativen suchen die Öffentlichkeit

Inspiziert von den Auseinandersetzungen um den Bau eines Atomkraftwerks im südbadischen Wyhl trat die BIU erstmals im November 1975 in Erscheinung.¹⁸ Die Umweltschutzgruppe, die sowohl in Mainz als auch in Wiesbaden aktiv war, engagierte sich in der Folge jedoch nicht nur gegen Atomanlagen, sondern deckte ein breites Feld umweltrelevanter Bereiche ab. Der Einsatz gegen Luftverschmutzung im Sommer 1976 ist hierfür ein frühes Zeugnis. Neben der BIU schlossen sich ab Januar 1977 einige Jugendliche und junge Erwachsene im Wiesbadener Jugendzentrum PUB als *Arbeitskreis Umweltschutz (AKU)* Wiesbaden zusammen, um sich im Umweltschutz und gegen Atomanlagen zu engagieren.¹⁹ Trotz anfänglicher Verstimmungen gelang es den beiden Initiativen,

¹⁷ Vgl. zu Inkorporierung und Normalisierung: Jens Ivo Engels, „Inkorporierung“ und „Normalisierung“ einer Protestbewegung am Beispiel der westdeutschen Umweltproteste in den 1980er Jahren, in: *Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen* 40:4, 2008, S. 81-100.

¹⁸ Vgl. Bernd-A. Rusinek, Wyhl, in: Étienne François (Hrsg.), *Deutsche Erinnerungsorte*, Bd. 2, München 2001, S. 652-666. BIU an Stadtverwaltung Mainz, 13.11.1975, in: *Stadtarchiv Mainz* 100 / 1987/027, 171.

¹⁹ Vgl. Veranstaltungskalender, in: *Provinz* Nr. 9, 01.1977, S. 25, Kontaktadressen der Bürgerinitiativen, in: *Umwelt Akut* Nr. 7, 03.1977, S. 11 und Veranstaltungskalender, in: *Provinz* Nr. 15/16, 07./08.1977, S. 62.

eine gemeinsame Basis zu finden, die sich in Form vielfacher Kooperationen bei Aktivitäten, Veranstaltungen und Aufrufen manifestierte.²⁰ Bis zur Mitte der 1980er Jahre zählten die beiden Gruppen und ihr Kreis von UnterstützerInnen zu den einflussreichsten Zusammenschlüssen ihrer Art in der Region. Sie beschäftigten sich einerseits mit Fragen des Umweltschutzes vor Ort, also in Mainz und Wiesbaden und waren andererseits an den bestimmenden Schauplätzen von Umweltkonflikten im Rhein-Main-Gebiet (Biblis und Startbahn West) und darüber hinaus (Wylh, Kalkar, Brokdorf, Malville, etc.) vertreten.

1.1. Entstehung und Profil

Ein genaues Gründungsdatum der *BIU* lässt sich anhand der Quellenlage nicht eindeutig ermitteln.²¹ Die Einladungen zu Informationsabenden und Veranstaltungen Ende 1975 sind die ersten Hinweise auf die Gruppe, ihre Vorgehensweise und Strategien.²² Trotz Eintragung in das Vereinsregister 1976 verstand sich die *BIU* grundsätzlich als Teil der Bürgerinitiativbewegung und nahm für sich in Anspruch, kein Verein im klassischen Sinne zu sein, sondern flache Hierarchien zu etablieren und einer basisdemokratischen Meinungsfindung zu folgen. Über die internen Strukturen und die Größe der Gruppe liegen nur wenige Schriftquellen vor. 1976 gab die Initiative an, rund 80 aktive Mitglieder zu haben.²³ Die Gruppe verfügte zudem über weitere UnterstützerInnen, die nicht unmittelbar in die Arbeit der Bürgerinitiative involviert waren, sich jedoch zur Teilnahme an Demonstrationen und Protestveranstaltungen mobilisieren ließen.²⁴ Zumindest für die SprecherInnen der *BIU*, beziehungsweise für diejenigen, die für Flugblätter und Anschreiben verantwortlich zeichneten, lässt sich ein akademischer, naturwissenschaftlicher Hintergrund ausmachen, der sie befähigte, auch komplexere Sachverhalte bezüglich chemischer, physikalischer und biologischer Aspekte des Umweltschutzes zu durchdringen.²⁵

²⁰ Vgl. AKU: Flugblatt: Was wir tun, um zu verhindern, daß in Biblis ein drittes Atomkraftwerk gebaut wird und was jeder mit uns zusammen tun kann, [1977]; AKU/BIU: Flugblatt: Umwelt-Info Nr. 17 – Informationsdienst für AKW-Gegner, 14.02.1979, in: Privatbestand AKU; Flugblatt: Atomenergie-Konkret! – Bald drei Atomkraftwerke in Biblis?, [1980], in: Stadtarchiv Mainz ZGS / Z 009, 2004/56 (3); BIU/ AKU: Flugblatt: Die Antwort weiß ganz allein der Wind, [1986], in: Stadtarchiv Mainz ZGS / N 008, 029.

²¹ Der Eintrag ins Vereinsregister beim Amtsgericht Mainz erfolgte am 28.01.1976.

²² Vgl. BIU an Stadtverwaltung Mainz, 13.11.1975, in: Stadtarchiv Mainz 100 / 1987/027, 171.

²³ Vgl. BIU an Herbert Bruns (Bund für Lebensschutz), 02.01.1977, in: Privatbestand BIU.

²⁴ Vgl. BIU, „Mainzer Demonstrationsteilnehmer berichten: Kalkar 50.000 am Bauplatz“, [1977], in: Privatbestand AKU. Hier ist von 200 TeilnehmerInnen nur aus Mainz die Rede.

²⁵ Ein frühes Mitglied der Gruppe war Lothar Hahn. Er avancierte in den folgenden Jahrzehnten zu einem der renommiertesten Kernenergie-Experten in Deutschland und war

Während die *BIU* sich zunächst auf der Basis naturwissenschaftlich-technischer Bedenken mit Atomkraft und Umweltverschmutzung beschäftigte, setzte der *AKU* seinen Schwerpunkt deutlicher auf politisch-soziale Aspekte. Zugleich waren die Mitglieder stark politisiert und hatten teilweise bereits Erfahrungen in K-Gruppen gemacht oder orientierten sich an autonomen respektive anarchistischen Vorstellungen.²⁶ Wenn auch unterschiedlich stark, so verorteten sich beide Gruppen über ihr Auftreten und die gewählten Kommunikations- und Vernetzungsstrukturen im linksalternativen Milieu und als Teil der Neuen Sozialen Bewegungen beider Städte. Hier lag mithin eine der grundlegendsten Veränderungen im Bereich des Natur- und Umweltschutzes während der 1970er Jahre. Waren es zuvor in der Regel traditionelle, häufig konservative Gruppierungen, die sich etwa im Tier- und Naturschutz engagierten, bedeutete das Engagement dieser neu entstandenen Initiativen eine veränderte Ausrichtung von Zielen, Strategien und Verhaltensweisen.²⁷

1.2. Verankerung im linksalternativen Milieu

In den mittleren Großstädten Mainz und Wiesbaden hatte sich im Laufe der 1970er Jahre parallel zu den Entwicklungen im Rest des Landes ein linksalternatives Milieu herausgebildet, das den Nährboden für eine Reihe von Sozialen Bewegungen und Initiativen bildete.²⁸ In den beiden Städten waren besonders

unter anderem für das Öko-Institut tätig. Später war er technisch-wissenschaftlicher Geschäftsführer der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit. Zuletzt trat er als Co-Autor mit Joachim Radkau in Erscheinung: Vgl. Joachim Radkau/Lothar Hahn, *Aufstieg und Fall der deutschen Atomwirtschaft*, München 2013. Der erste Vorsitzende der Gruppe, Werner Rammensee, war als Naturwissenschaftler am Max-Planck-Institut für Chemie in Mainz tätig.

²⁶ Diese Angaben stammen aus Gesprächen mit Dr. Michael Wilk (28.02.2014) und Roland Lentz (17.09.2014).

²⁷ Vgl. Jens Ivo Engels, *Umweltschutz in der Bundesrepublik – von der Unwahrscheinlichkeit einer Alternativbewegung*, in: Sven Reichardt/Detlef Siegfried (Hrsg.), *Das Alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968–1983*, Göttingen 2010, S. 405–422.

²⁸ Vgl. grundsätzlich zum linksalternativen Milieu: Reichardt, *Authentizität und Gemeinschaft*, hier besonders die einführenden Abschnitte der Einleitung, S. 1–71. Zum Verhältnis von linksalternativem Milieu und Neuen Sozialen Bewegungen: Dieter Rucht, *Linksalternatives Milieu und Neue Soziale Bewegungen in der Bundesrepublik. Selbstverständnis und gesellschaftlicher Kontext*, in: Cordia Baumann/Sebastian Gehrig u.a. (Hrsg.), *Linksalternative Milieus und Neue Soziale Bewegungen in den 1970er Jahren*, Heidelberg 2011, S. 35–59. Zur Breite der Gruppen vor Ort: Adressen, in: *Provinz* Nr. 12, 04.1977, S. 35 und Adressenliste, in: *RB* Nr. 21/22, 10.07.–06.09.1980, S. I u. IV; Arbeitsgruppe Mainzer Stadtbuch (Hrsg.), *Stadtbuch für Mainz und Umgebung*, Mainz 1982.

die vielfältigen Aktivitäten mit dem Ziel der Vernetzung über die Stadtgrenzen (und die Landesgrenze zwischen Hessen und Rheinland-Pfalz) hinweg aus diesem Milieu auffällig und bemerkenswert.

Ein wichtiges Instrument und Forum zum Austausch und der Verbreitung von Nachrichten, Meinungen und Informationen stellten in diesem Zusammenhang die beiden alternativen Zeitungsprojekte *Provinz* (1976-1978) und *Regionalblatt (RB)* (1978-1984) dar, die sich an LeserInnen in beiden Städten und der Umgebung richteten.²⁹ Die Chancen und Möglichkeiten, die sowohl die *Provinz* als auch das *Regionalblatt* boten, wussten vor allem die AktivistInnen der Natur- und Umweltschutzbewegung zu nutzen. Über den gesamten Erscheinungszeitraum der beiden Zeitungen stellten daher vor allem die Berichterstattung zu Themen des Umweltschutzes und der Anti-AKW-Bewegungen sowie Artikel und Stellungnahmen der Gruppen selbst eine Konstante dar. Neben der Häufigkeit, mit der Umwelt- und Umweltbewegungsthemen in den verschiedenen Stadien der Zeitungsgeschichte und zu unterschiedlichen Organisationsphasen der Gruppen behandelt wurden, kam es auch zu personellen Überschneidungen. AktivistInnen der Umweltbewegung zählten zugleich zum engeren Kreis der Redaktionen.³⁰ Durch ihre aktive Beteiligung an den beiden Alternativzeitungen verorteten sich die lokalen Umweltschutzgruppen in Mainz und Wiesbaden deutlich im linksalternativen Spektrum und setzten zuvorderst auf die Mobilisierung weiterer BürgerInnen aus diesem Milieu.

Neben den Alternativzeitungen hatten sich im Laufe der 1970er Jahre auch bestimmte Orte innerhalb der Städte herausgebildet, die für die Arbeit der Initiativen von großer Bedeutung waren. Mit Hilfe der Zeitungen konnten zwar Informationen, längere Artikel und Stellungnahmen verbreitet und auch Diskussionen abgebildet werden, doch zwischenmenschliche Beziehungen und persönlicher Austausch stellten zentrale Komponenten des Selbstverständnis-

²⁹ Zu Bedeutung, Umfang und Wirkungsweise der Alternativmedien in der Bundesrepublik der 1970er und 1980er Jahre siehe: Reichardt, Authentizität und Gemeinschaft, Kapitel 3. Zum Selbstverständnis: Ansichten einer Geschäftsfrau, in: *Provinz* Nr. 1, 05.1976, S. 2 u. ‚An die Leser‘, in: *Provinz* Nr. 9, 01.1977, S. 2; Wir über uns, in: *RB* Nr. 5, 03.1979, S. 2; Editorial, in: *RB* Nr. 44, 20.08.–04.09.1981, S. 3. Etwa in *RB* Nr. 21/22, 10.07.–06.09.1980, S. 14 und Adressliste.

³⁰ Detlef Oertel, Mitglied der BIU und zeitweise auch ihr Vorsitzender schrieb in dieser Funktion bereits früh Stellungnahmen und Artikel im *RB* und wurde als Kontaktperson der BIU genannt: Etwa in *RB* Nr. 21/22, 10.07.–06.09.1980, S. 14 und Adressliste. Zeitweise fungierte Oertel dann als Mitarbeiter einzelner Ausgaben; ab der Nummer 74 wurde er als regelmäßiger Mitarbeiter des *RB* geführt und mit der Umstellung auf die wöchentliche Erscheinungsform als mitverantwortlicher Redakteur für die Rubrik Kommunales Mainz verzeichnet: *RB* Nr. 66, 13.–27.08.1982, S. 3; *RB* Nr. 74, 03.–17.12.1982, S. 3; *RB* Nr. 95/1, 08.09.1983, S. 2.

ses des Alternativmilieus dar und waren auch für die Koordination der Umweltgruppen ausschlaggebend. Besonders der *Buchladen am Sedanplatz* (Wiesbaden) und der *Cardabela Buchladen* (Mainz) stellten zeitweilig wichtige Anlauf- und Treffpunkte für das Alternativmilieu und insbesondere für die Umweltbewegung dar.³¹ Die beiden Initiativen vor Ort besaßen außerdem eigene Räumlichkeiten, die als Treffpunkt dienten und zudem in Form von Umweltläden auch PassantInnen und Interessierte zu einem Besuch anregen sollten. Die verschiedenen Läden des AKU waren wiederum Orte, die auch von anderen Alternativprojekten genutzt wurden und innerhalb des gesamten Milieus bekannt waren.³²

Die Tatsache, dass der AKU trotz hoher monatlicher Aufwendungen an einem Umweltladen festhielt, unterstreicht die Bedeutung, die Treffpunkten dieser Art innerhalb der Städte zukam.³³ So ist es nicht verwunderlich, dass auch in Mainz die UmweltschützerInnen die Eröffnung eines solchen Ladens und Treffpunkts anstrebten. Die BIU hielt ihre regelmäßigen Treffen und Plenumsitzungen in den ersten Jahren ihres Bestehens zunächst in Räumlichkeiten im Eisernen Turm und später im Holzturm ab, die ihnen die Stadt zur Verfügung stellte.³⁴ Trotz aller Kritik am kommunalen Umweltschutz und den politisch Verantwortlichen war die Initiative offenbar bereit, die Infrastrukturen der Kommune zu nutzen. Die Bereitstellung durch die Stadt signalisierte zugleich eine gewisse Toleranz gegenüber den UmweltaktivistInnen, die ab Januar 1982 eigene Räume bezogen, in denen sie unter anderem einen Umweltladen betrie-

³¹ Vgl. für Vergemeinschaftungsorte des linksalternativen Milieus und deren Funktionen: Reichardt, Authentizität und Gemeinschaft, Kapitel 6; Zum linken Buchhandel im alternativen Milieu: Uwe Sonnenberg, Von Marx zum Maulwurf. Linker Buchhandel in Westdeutschland in den 1970er Jahren, Göttingen 2016, Kapitel 4 und 5. Buchläden vor Ort: Das Buchladenkollektiv: Buchladen am Sedanplatz, in: Provinz Nr. 27, 09.1978, S. 26 und Impressum, in: RB Nr. 1, 11.1978, S. 12; Beilage zum Cardabela-Buchladen, in: RB Nr. 09/10, 07./08.1979. Umweltbewegung: Am 4. September bundesweit – Aufruf zum Aktionstag gegen Wiederaufbereitungsanlagen, in: RB Nr. 67, [27.08.–10.09.1982], S. 24.

³² An die Leser, in: Provinz Nr. 5, [09.1976], S. 2; Alternativtreff, in: Provinz Nr. 22, [02.1978], S. 23; Initiativgruppe Taz, in: Provinz Nr. 26, 1978, S. 9; AKU, in: RB Nr. 4, 02.1979, S. 8; Kleinanzeigen, in: RB Nr. 53, [22.01.–05.02.1982], S. 30; Weitere Gruppen, die die Räume nutzten, waren die Bürgerinitiative fahrradfreundliches Wiesbaden (BIFF) und eine Gruppe, die einen Boykott der Volkszählung organisierte. Siehe BIFF, in: RB Nr. 80, [25.02.–11.03.1983], S. 20 und Rechtliche Informationen zur Volkszählung, in: RB Nr. 82, [25.03.–08.04.1983], S. 7.

³³ Vgl. AKU Benefiz-Konzert, in: RB Nr. 1, [05.01.1984], S. 2.

³⁴ Vgl. Günter F. Mohr (BIU) an Werner Rammensee (BIU), 21.11.1976 sowie BIU: Flugblatt: Atom-Info 3 – Mainz durch Atomkraftwerk Biblis gefährdet, [o.D.; ca. 1976/77], beide in: Privatbestand Rammensee; BIU: Flugblatt zur Gruppe, [13.03.1982], in: Stadtarchiv Mainz, ZGS / Z 009, 2004/56 (3).

ben.³⁵ Tägliche Öffnungszeiten verdeutlichen die Relevanz dieser Einrichtung sowohl für die Gruppe selbst als auch für den Austausch mit der Stadtbevölkerung. Sie lassen zudem erahnen, wie intensiv sich einige der Mitglieder unentgeltlich der Initiative zur Verfügung stellten.

Bei den Umweltschutzproblemen, die unter anderem in den Läden thematisiert wurden, handelte es sich trotz eines universellen Anspruchs der AktivistInnen häufig um Fragen, die sich im lokalen Umfeld verorten ließen oder auf eine lokale Ebene zugespitzt werden konnten. Zur Durchsetzung ihrer Ziele folgten die Initiativen dabei bestimmten Verhaltensformen und Strategien, die sich bisweilen deutlich von den bisher gekannten Aktionsformen im Natur- und Umweltschutz unterschieden.

1.3. Verhalten und Strategie

Das von Beginn an offensive Auftreten gegenüber den öffentlichen Stellen unterstrich den Anspruch der neuen Gruppen, in Sachen Umweltschutz als ‚Taktgeber‘ zu fungieren. Dabei legten sie eine kritische Haltung gegenüber Behörden und PolitikerInnen an den Tag und unterstellten diesen, den Schutz von Natur, Umwelt und Menschen im Zweifel nur halbherzig anzugehen oder, schlimmer noch, durch bewusste Täuschung gar zu unterwandern.

Als der amtierende Mainzer Oberbürgermeister Fuchs (SPD) im September 1976 in seinem Amt bestätigt wurde, nahm die BIU dies zum Anlass, den Politiker und die Stadtverwaltung an die Wahlversprechen zu erinnern.³⁶ Mit einem knappen und sehr direkten Anschreiben machte die Gruppe deutlich, dass sie sich in der Position sah, in Angelegenheiten des Umweltschutzes, Handlungen und Positionen beim Oberbürgermeister und der Stadtverwaltung einzufordern. Auf versöhnliche Formulierungen verzichtete sie dabei weitestgehend. Eine gewisse Verärgerung bei den AdressatInnen ob der Anspruchshaltung der BIU war in deren Replik deutlich zu vernehmen.³⁷ Der BIU war allerdings nicht an einem grundsätzlichen Bruch mit den politischen Instanzen gelegen, wie sich etwa in der Hervorhebung gelungener Diskussionsrunden zeigte.³⁸ Hier zeichnete sich eine Doppelstrategie der BIU ab, die auch für die folgenden Monate und Jahre maßgeblich blieb. So verstand es die Gruppe, sich mit gezielten

³⁵ Vgl. BIU, Endlich gibt's einen Umweltladen!, [1981/1982], in: Stadtarchiv Mainz, ZGS/K 002; Endlich gibt's einen Umweltladen in Mainz, in: RB Nr. 53, [22.01.–05.02.1982], S. 12.

³⁶ Vgl. BIU (Rammensee) an Oberbürgermeister Fuchs und das Dezernat für Umweltschutz Mainz, 13.10.1976, in: Stadtarchiv Mainz, 100 / 1987/027, 171.

³⁷ Vgl. OB Fuchs und Bürgermeister Diehl an BIU, 25.10.1976, in: Stadtarchiv Mainz, 100 / 1987/027, 171.

³⁸ „Faire Diskussion“ mit den Projekt-Gegnern, in: Allgemeine Zeitung, 13.10.1976.

Auftritten, Veranstaltungen, der Form ihrer Korrespondenzen und ihres öffentlichen Auftretens als unabhängig und kritisch in Szene zu setzen. Dabei agierte sie mit Provokationen gegenüber den etablierten AkteurInnen in Politik und Verwaltung. Zugleich blieben Gesprächskanäle offen und persönliche Kontakte sicherten einen Austausch.

Bereits für diese Frühphase des bürgerschaftlichen Umweltengagements lässt sich ein weiteres bedeutendes Merkmal der Strategie der Initiativen beobachten. Dabei handelt es sich um das Aufgreifen und Verknüpfen von Themen und Problemen auf mehreren Ebenen. Die Gruppen nahmen dabei für sich in Anspruch, Teil einer größeren Protestbewegung zu sein, deren Ziele nicht an den jeweiligen Stadt- und Landesgrenzen Halt machten.³⁹ Dies manifestierte sich in Teilnahmen und Mobilisierungen zu Demonstrationen und Kundgebungen im gesamten Bundesgebiet, Hilfsaktionen bis an die bretonische Küste und die Einbindung in überregionale Netzwerke.⁴⁰ Zugleich agierten die Initiativen im städtischen Nahraum und griffen lokale Problemlagen auf, recherchierten selbstständig, wiesen unmittelbare Gefahrenquellen und Umweltverschmutzungen vor Ort aus, stellten Forderungen an die kommunale Politik und Verwaltung und appellierten an die lokale Bevölkerung. Beispielhaft zeigt sich dies beim Einsatz gegen das AKW Biblis und dem Schutz der lokalen Trinkwasserversorgung. Hier zeigte besonders die BIU einen langen Atem. Über sechs Jahre hinweg forderte sie die Stadtverwaltung immer wieder zum Handeln auf und nutzte öffentliche Veranstaltungen und Stellungnahmen, um Druck auszuüben. Die Gruppe verstand es, die Bedrohung dergestalt zu konkretisieren, dass sie sich direkt an die Mainzer Bevölkerung und die kommunalen Behörden wenden konnte. Auf diese Weise gelang es, das übergeordnete Ziel, die Bekämpfung der Nutzung und Erweiterung des AKW Biblis, mit einer Bedrohung in Verbindung zu bringen, die aufgrund der geographischen Lage die Trinkwassergewinnung für das Stadtgebiet von Mainz betraf. Mit den organisierten Veranstaltungen, zu denen neben RepräsentantInnen der Stadtverwaltung und

³⁹ Im Rhein-Main-Gebiet waren die beiden Initiativen BIU und AKU eingebunden in ein Netzwerk aus Gruppen, die sich unter anderem mit Hilfe der Zeitschrift ‚Umwelt Akut‘ vernetzten und austauschten und als vorrangige Aufgabe die Verhinderung einer geplanten Erweiterung des AKW Biblis wahrnahmen. Vgl. hierzu Matthias Lieb, ‚Aktivismus in der „verschnarchte[n] Provinzmetropole“? Umwelt- und Anti-AKW-Bewegung in Mainz, Wiesbaden und der Rhein-Main-Region, in: Julia Paulus (Hrsg.), ‚Bewegte Dörfer‘. Neue soziale Bewegungen in der Provinz 1970–1990, Paderborn 2018, S. 211–234, hier S. 219f.

⁴⁰ Internationale Themen wurden unter anderem im Zusammenhang mit Protesten gegen ein geplantes AKW im französischen Malville oder bei einer Solidaritätsaktion an der bretonischen Küste aufgegriffen. BIU, Poster: Filmvorführung zu Malville 1977, 16.02.1978; BIU, Poster: „Bleizi Ruz“ – Solidaritätsveranstaltung ‚Hilfe für die Bretagne‘, [o. D.], beide in: Privatbestand BIU.

der kommunalen Politik auch angesehene WissenschaftlerInnen geladen waren, untermauerte die Gruppe die Seriosität ihrer Argumente und ihre Bereitschaft zum öffentlichen Dialog.⁴¹

Zur Strategie gehörte es in dieser Angelegenheit somit auch, bewusst auf andere gängige Formen des Protests, wie Demonstrationen, Störaktionen oder (symbolische) Besetzungen zu verzichten. Je nach Kontext weiterer Umweltkonflikte, an denen sich die beiden Initiativen *BIU* und *AKU* lokal und in der Region beteiligten, kamen diese Aktionsformen allerdings durchaus zum Einsatz.⁴² Besonders für den *AKU* waren gezielte Regelüberschreitungen auch Ausdruck des linksalternativen Selbstverständnisses.⁴³

2. Deutscher Bund für Vogelschutz - Mainz

Nahezu zeitgleich mit dem *AKU* kam es in Mainz-Lerchenberg zu einer Gruppengründung mit dem Ziel, Tiere und Natur zu schützen. Auf Initiative des Mainzer Oberstufenschülers Peter Schwenzer wurde im Frühjahr 1977 eine Ortsgruppe des *Deutschen Bundes für Vogelschutz (DBV)*⁴⁴ im Stadtteil Mainz-Lerchenberg gegründet.⁴⁵ Die Gründung reihte sich in eine zu diesem Zeitpunkt bereits vorhandene Landschaft von Vogel- und Naturschutzvereinen ein, die

⁴¹ Vgl. *BIU*, Poster: Radioaktives Trinkwasser für Mainz? – Diskussionsveranstaltung am 19.06.1980 im Gutenbergmuseum Mainz, in: Privatbestand *BIU*. Siehe zum regionalen Protest gegen das AKW Biblis und die Thematisierung der Gefahren einer radioaktiven Kontamination des Trinkwassers: Lieb, *Aktivismus*, S. 222-228.

⁴² Vgl. Kein AKW in Biblis wenn euer Arsch euch lieb ist, in: *RB* 15/10.1.–9.2. 1980, S. 13; Flugblatt: „Presseerklärung - Mit dem Einwegteppich gegen die Atomüllproduktion“, in: Privatbestand *AKU*. Atomkarussell, in: *RB* 16/9.2.–8.3.1980, S. 6f.; Art. Kein KARRYSBURG in Hessen, in: *RB* 17/9.3.–5.4.1980, S. 21; H. Ulrich, Katastrophenschutzübung in Biblis, in: *RB* 21-22/10.7.–6.9.1980, Nr. 15.

⁴³ Vgl. Eine gelungene Sache – Anmerkung zu einer Protestbesetzung, in: *RB* 6/04 (1979), S. 2 und Flugblatt des *AKU*: „Zur Mastbesetzung an der A66 am 26.04.1987“, in: Privatbestand *AKU*.

⁴⁴ Der Verband wurde 1899 als Bund für Vogelschutz gegründet und firmierte ab 1966 unter dem Namen Deutscher Bund für Vogelschutz. 1990 erfolgte die Umbenennung in Naturschutzbund Deutschland (NABU) und die Vereinigung mit dem Naturschutzbund der DDR. Vgl. zur Geschichte des DBV/NABU: Helge May, 100 Jahre NABU – ein historischer Abriß 1899–1999, Bonn 1999; William T. Markham, *Environmental organizations in modern Germany. Hardy survivors in the twentieth century and beyond*, New York 2008; Engels, *Naturpolitik in der Bundesrepublik*, Teil 1, S. 35-92; Raymond H. Dominick, *The Environmental Movement in Germany. Prophets and Pioneers 1871-1971*, Bloomington 1992.

⁴⁵ Vgl. Schwenzer an Bernhard Grzimek (Zoologische Gesellschaft Frankfurt am Main), 23.04.1978, in: Privatarchiv DBV Mainz. Sofern nicht anders verzeichnet, stammen alle im Folgenden zitierten Materialien in diesem Abschnitt aus diesem Bestand.

allerdings kaum untereinander in Kontakt standen. Auch der DBV wies Mitte der 1970er kein dichtes Netz von Ortsgruppen in der Region auf, sodass sich die Verbandsarbeit auf einzelne disparate Gruppen sowie die Bezirks- und Landesebene beschränkte.⁴⁶ Ein in die Öffentlichkeit hineinwirkendes Engagement im Vogel- und Naturschutz war unter diesen Bedingungen nur schwer möglich; wenngleich der individuelle Einsatz der Mitglieder hoch war. Daher begrüßte der Verband Schwenzers Initiative.⁴⁷ Bei der Gründungsversammlung der mit acht anwesenden Mitgliedern noch beschaulichen Ortsgruppe am 15.03.1977 wurde Schwenger zum Vorsitzenden gewählt.⁴⁸

Das Auftreten und die Strategie dieser Gruppe unterschied sich deutlich von dem des AKU. Auf der Gründungsversammlung verkündete Schwenger, dass es nicht nur das Anliegen der Gruppe sei, Nistkästen im Wald zu kontrollieren, sondern sie wollte sich allgemein der Probleme des Vogel- und Naturschutzes sowie des Biotopschutzes im Mainzer Raum annehmen.⁴⁹ Mit diesem Ansinnen stand Schwenger exemplarisch für einen Prozess, der die Natur- und Artenschutzverbände seit Anfang der 1970er Jahre erfasst hatte. Damit war unter anderem eine Erweiterung des Themenspektrums durch die Einbeziehung ökologischer Gesichtspunkte verbunden.⁵⁰

Ungeachtet einiger Differenzen mit bereits bestehenden Verbänden in der Region wuchs die Ortsgruppe. Zur ersten ordentlichen Vollversammlung im September 1977 konnten bereits 37 Mitglieder eingeladen werden. Neben den Tätigkeiten im Naturschutz und den Aktivitäten im freien Feld zeigte sich bei den Verantwortlichen um Schwenger früh die Erkenntnis, dass eine gewisse Form der Öffentlichkeitsarbeit unerlässlich sein würde, um die Gruppe zu vergrößern und Mittel zur Finanzierung des praktischen Naturschutzes zu generieren.⁵¹ Schwenger zeigte sich bemüht, binnen kurzer Zeit, Informations-, Spenden- und Verkaufsstände bei den verschiedensten Anlässen einzurichten.⁵² Das gezielte Werben in der Öffentlichkeit und die Orientierung auf mediale und öffentliche Aufmerksamkeit, auch mit dem Ansinnen, neue Mitglieder zu ge-

⁴⁶ Vgl. DBV Landesverband (LV) Rheinland-Pfalz (RP)/Bezirksgruppe (BG) Rheinhessen (RH): Rundschreiben 2/1972; DBV-Gruppe Mainz-Süd/Hechtsheim, 17.02.1974; DBV LV RP/BG RH: Rundschreiben 1/1976.

⁴⁷ Vgl. Schwenger an Adam Bork, 14.02.1977; DBV LV RP/BG RH: Edgar Ertel, 17.02.1977.

⁴⁸ Vgl. DBV OG MZ-Lerchenberg: Protokoll der Gründungsversammlung, [15.03.1977].

⁴⁹ Vgl. DBV OG MZ-Lerchenberg Schwenger an Lerchenberg-Zeitung, 21.03.1977.

⁵⁰ Vgl. Markham, *Environmental Organizations*, S. 220; Engels, *Naturpolitik in der Bundesrepublik*, S. 307.

⁵¹ Vgl. DBV OG MZ-Lerchenberg: Protokoll der 1. Mitgliedervollversammlung der OG, [07.09.1977]; DBV OG MZ-Lerchenberg Schwenger an Eckart Raible, 29.09.1977.

⁵² Vgl. DBV OG MZ-Lerchenberg Schwenger an ZDF Betriebsverwaltung, 14.10.1977; DBV OG MZ-Lerchenberg Schwenger an Direktor des Gutenberg-Gymnasiums, 04.11.1977.

winnen, waren Strategien, die für den DBV, aber auch weitere, ähnliche Verbände charakteristisch waren.⁵³ In Mainz jedenfalls erwies sich dieses Vorgehen als erfolgreich. Bereits im Oktober 1977 konnte Schwenzer vermelden, dass nun bereits über 50 Personen im *DBV Mainz-Lerchenberg* organisiert waren.⁵⁴ Nur wenige Monate später war der Mitgliederstand bereits dreistellig und lag im April 1978 bei rund 120 Personen, die nicht mehr nur im Stadtgebiet wohnten, sondern auch aus der Umgebung stammten.⁵⁵ Es folgte die Umbenennung in *Ortsgruppe Mainz und Umgebung*.⁵⁶ Zum Ende des Jahres lag die Mitgliederzahl bereits bei über 200 Personen, die sich nach eigenen Angaben vor allem aus den Alterskohorten zwischen 13 und 22 Jahren sowie 35 bis 55 Jahren rekrutierten.⁵⁷ Dem jungen Team um Schwenzer war es gelungen, insbesondere Gleichaltrige für das Engagement im Vogel- und Naturschutz zu begeistern.

Wenn auch der stetige Zuwachs an Mitgliedern positiv hervorgehoben und durch die regelmäßig entrichteten Beiträge der Handlungsspielraum für den praktischen Naturschutz deutlich erweitert wurde, war bereits während der ersten Jahre des Bestehens eine Entwicklung auszumachen, die die größeren Naturschutzverbände bis heute begleitet. Während die Gruppe insgesamt ein deutliches Wachstum verzeichnen konnte, blieb der Kreis der Aktiven, sowohl bezüglich der Organisationsaufgaben als auch bei den Tätigkeiten in den Biotopt- und Schutzgebieten, verhältnismäßig klein.⁵⁸ Auch wenn es aus Sicht der Verantwortlichen der steten Motivation der Mitglieder zur stärkeren Beteiligung der praktischen Naturschutzarbeit bedurfte, zeigte sich die Mainzer Gruppe von Beginn an engagiert. Sie leistete zahlreiche ehrenamtliche Beiträge zum Schutz von Tieren und der Natur, veranstaltete regelmäßig Film- und Informationsabende sowie Exkursionen sowohl in der Umgebung als auch an weiter entfernte ornithologisch reizvolle Schauplätze.⁵⁹ Diese beiden Stränge der Verbandsarbeit, zum einen praktische Aktionen und organisatorische Tä-

⁵³ Vgl. Markham, *Environmental Organizations*, S. 220; Engels, *Naturpolitik in der Bundesrepublik*, S. 307.

⁵⁴ Vgl. DBV OG MZ-Lerchenberg Schwenzer an DBV Verlag, 18.10.1977.

⁵⁵ Vgl. DBV OG MZ Schwenzer an Bernhard Grzimek (Zool. Gsl. FFM), 23.04.1978.

⁵⁶ Vgl. DBV OG MZ Schwenzer an DBV LV RP Viertel, 13.06.1978; DBV LV RP Viertel an DBV OG MZ Schwenzer, 03.08.1978; DBV OG MZ: Einladung Monatsversammlung am 11.10.1978, 26.09.1978. Von Anfang 1978 bis zum Sommer 1978 firmierte die Gruppe als Ortsgruppe Mainz: DBV OG MZ Schwenzer an die Mitglieder in Mainz, 25.02.1978.

⁵⁷ Vgl. DBV OG MZ: Rundschreiben 5/1978, 22.10.1978.

⁵⁸ Vgl. unter anderem: DBV OG MZ Schwenzer: Einladung Monatsversammlung, 25.02.1978; DBV OG MZ: Rundschreiben 5/1978, 22.10.1978.

⁵⁹ Vgl. DBV OG MZ-Lerchenberg: Einladung zur Monatsversammlung, 27.09.1977; DBV OG MZ-Lerchenberg Schwenzer: Rundschreiben 1/1978; DBV OG MZ Schwenzer: Einladung Mitgliederversammlung 25.02.1978; DBV OG MZ Schwenzer: Einladung Monatsversammlung am 23.05.1978, 26.04.1978.

tigkeiten und zum anderen niedrigschwellige Angebote zur Bewerbung der eigenen Agenda, bildeten die zentralen Bestandteile der Aktivitäten in den ersten Monaten und Jahren der Gruppe.

Zum Ende des Jahres 1978 schied Peter Schwenzer aus dem Amt aus, da er nach Spanien übersiedelte. Mit der Unterstützung der Mitglieder setzte der neue Vorsitzende Dr. Frank-Eberhard Wilde die Arbeit der Gruppe fort und warb um Unterstützung bei der Stadt. Oberbürgermeister Fuchs teilte er mit, dass sich der Verband angesichts der stärker werdenden Bedrohung zunehmend auch Naturschutzaufgaben widme, wobei sich als bislang wirksamstes Mittel der Erwerb gefährdeter Flächen zum Schutz erwiesen habe.⁶⁰ In dieser ersten Anfrage an Oberbürgermeister Fuchs und die Stadt Mainz setzte Wilde darauf, die lokale Angelegenheit in einen größeren Bezugsrahmen einzubetten, indem er zum einen die grundsätzliche Bedrohung der Natur anführte und zum anderen den DBV in seiner Gesamtheit als größten Verband seiner Art darstellte und einen Hinweis auf die hohe Mitgliederzahl in seine Argumentation einbezog.⁶¹ Im Gespräch verfolgten Wilde und weitere VertreterInnen der Gruppe eine Doppelstrategie. Einerseits setzten sie darauf, die Stadt mittels Forderungen und Erinnerungen an ihre Aufgaben in die Pflicht zu nehmen und andererseits sagten sie Unterstützung, finanzielle Eigenleistungen und eine gemeinsame öffentliche Außendarstellung zu.⁶² Die DBV Ortsgruppe nahm nicht an Kundgebungen oder Demonstrationen teil und führte auch keine spontane Aktionen durch. Sie nutzte hingegen die etablierten und respektierten Strategien der Interessenvertretung und Informationsbildung und konnten dadurch auch auf eine höhere Anerkennung durch Politik und Wirtschaft hoffen.

Im Vergleich zu seinem Vorgänger zeigte sich Wilde aber dennoch konfliktfreudiger. Die Bereitschaft zur stärkeren Einmischung und Konfrontation stellte zwar für die Ortsgruppe selbst eine gewisse Neuerung dar, kann aber auch an anderen Stellen und Ebenen des Verbands beobachtet werden. Sie waren Ausdruck einer Entwicklung, die der bürgerschaftliche Natur- und Artenschutz in unterschiedlicher Intensität durchlief.⁶³ Unter Führung Wildes konnte sich die Ortsgruppe Mainz und Umgebung des DBV in den folgenden Jahren innerhalb der städtischen Tier- und Umweltschutzbewegung etablieren. Dies ging mit einem zwar langsamen, aber stetigen Mitgliederzuwachs einher und zeigte sich trotz der Konfliktfreudigkeit in einem gesteigerten Austausch und Wechselbeziehungen mit kommunalen und staatlichen Stellen. Die Kontinuität in

⁶⁰ Vgl. DBV OG MZ Wilde an OB Fuchs, 16.04.1979.

⁶¹ Vgl. ebd.

⁶² Vgl. OB Fuchs an DBV OG MZ Wilde, 16.05.1979.

⁶³ Vgl. Markham, *Environmental Organizations*, S. 220, 241-243; Engels, *Naturpolitik in der Bundesrepublik*, S. 307.

der Person Wildes an der Spitze der Gruppe war für diese Entwicklungen durchaus von großer Bedeutung. Dies galt besonders vor dem Hintergrund häufigerer Wechsel und zeitweiliger Vakanzen auf den weiteren Vorstandsposten.⁶⁴

Die Tatsache, dass trotz Appellen an die Mitglieder einige Vorstandsposten zeitweise unbesetzt blieben und Veranstaltungen nur spärlich besucht wurden, blieb nicht ohne Folgen. Der praktische Vogelschutz, so Wilde, leide als eine der Kernaufgaben des Verbandes unter dem mangelnden Engagement eines Großteils der Gruppe.⁶⁵ Doch die Größe der Ortsgruppe und der übergeordneten Ebenen im Land und Bund hatte für die Verantwortlichen durchaus auch einen politischen Nutzen, den sie offen mitteilten. Im politischen Raum, so die Annahme, würden Naturschutzverbände in erster Linie über ihre Mitgliederstärke bewertet und wahrgenommen.⁶⁶ Dieser Argumentation folgend hatte Wilde bereits in einem seiner ersten Schreiben an Oberbürgermeister Fuchs und die Stadt, die Größe des Gesamtverbandes des DBV deutlich hervorgehoben.⁶⁷ Zu Beginn des Jahres 1985 zählte die Ortsgruppe Mainz und Umgebung des DBV 277 Mitglieder und war damit innerhalb von rund fünf Jahren um 30 % angewachsen.⁶⁸ Der Vorstand rund um den Vorsitzenden Wilde setzte nicht nur auf die Erhöhung der Mitgliederzahl bei Erwachsenen, sondern unter seiner Führung begann die DBV-Ortsgruppe bereits im Frühjahr 1979 mit Versuchen einer gezielteren Kinder- und Jugendarbeit, um auch die jüngere Generation für den Tier- und Naturschutz gewinnen zu können. Zunächst geschah dies über ein spezielles Angebot an Wanderungen und kleineren Exkursionen in die Umgebung, die sich gezielt an Kinder und Jugendliche richten sollten.⁶⁹

Zur politischen Haltung der Ortsgruppe und ihres Vorsitzenden geben die Unterlagen nur spärlich *direkte* Auskunft. Unter anderem in einem Schreiben an die *Deutsche Umwelthilfe*, in dem Wilde über die Erfahrungen aus einer Spendensammlung berichtete, bezog er eine klare parteipolitische Stellung. Offenbar war den SpendensammlerInnen häufiger der Verdacht entgegengebracht worden, „Grüne“ zu sein, was aus Sicht Wildes wiederum Schwierigkeiten bereite. Der Umwelthilfe riet er folglich, sich gegenüber „rotgrünen Fremdgän-

⁶⁴ Vgl. DBV OG MZ Wilde an Schwenzer, 18.07.1979; DBV OG MZ: Protokoll Jahreshauptversammlung, 22.01.1982; DBV OG MZ: Rundbrief 3/1981, 08.1981.

⁶⁵ Vgl. DBV OG MZ: Protokoll Jahreshauptversammlung, 22.01.1980. Hierzu auch: Markham, *Environmental Organizations*, S. 271f.

⁶⁶ Vgl. DBV OG MZ: Rundbrief 1/1981, 12.1980; DBV OG MZ: Rundbrief 1/1982, 01.1982.

⁶⁷ Vgl. DBV OG MZ: Wilde an OB Fuchs, 16.04.1979.

⁶⁸ Vgl. DBV OG MZ: Mitgliederzahlen, 01.1985.

⁶⁹ Vgl. DBV OG MZ Weiner (Schriftführer): Protokoll der Vorstandssitzung, 17.04.1979; DBV OG MZ: Rundschreiben 3/1979.

gen“ abzugrenzen.⁷⁰ Zumindest Wilde schien in der neuen grünen Partei keinen Verbündeten im Engagement für den Natur- und Umweltschutz zu sehen und wünschte sich, in der Öffentlichkeit nicht mit der Partei und ihren AnhängerInnen in Verbindung gebracht zu werden. Auch nachdem die *Grünen* im Laufe der 1980er Jahre auf Bundes- und Landesebene zunehmend Einfluss gewannen, war für das Vorstandskollegium eine Zusammenarbeit nicht erwünscht. Als die Partei in Mainz eine Aktionswoche zum ökologischen Konsum veranstaltete, waren sich Wilde und die weiteren Vorstandsmitglieder einig, nicht daran teilzunehmen.⁷¹ Auch zu anderen Parteien wahrte die Gruppe Abstand. Als im Winter 1986 eine Reihe von Initiativen und Verbänden zu einer gemeinsamen Demonstration einluden, die das sogenannte *Rheintribunal* begleiten und auf die zunehmende Vergiftung des Rheins aufmerksam machen sollte, lehnte die DBV-Ortsgruppe ihre Teilnahme entschieden ab. Während der Anlass durchaus Unterstützung verdiene, befürchteten die Verantwortlichen sich in zweifelhaften Partnerschaften zu begeben und die parteipolitische Neutralität zu gefährden. Der Stein des Anstoßes war in diesem Fall die Beteiligung der *DKP*.⁷²

Die VertreterInnen der DBV Ortsgruppe gaben sich, wie auch dieses Beispiel zeigt, in der Regel als vermeintlich ‚unpolitische‘ VertreterInnen des Gemeinwohls aus. In diesem Sinne lässt sich auch die Eintragung in das Vereinsregister verstehen. Auf diesem Wege sollte die Position vor Ort gestärkt und die Gemeinnützigkeit der Gruppe hervorgehoben werden.⁷³ Auch im Auftreten gegenüber kommunalen und staatlichen Behörden wurde dieses Selbstverständnis regelmäßig deutlich. Wenn sie sich zu Wort meldeten, geschah dies häufig aus der Position eines potenziellen ‚Anwaltes‘ der Tiere und der Natur, der sich um ein Anliegen bemüht, das letztlich alle Menschen betreffe. Sowohl in ihrer Kritik an als auch in Gesprächen mit PolitikerInnen und VertreterInnen der Behörden stellten sie die Sache des Natur- und Umweltschutzes in das Zentrum der Argumentation.

Wenngleich die Ortsgruppe sich auf diese Weise als apolitisch verstand, so war sie doch Teil des lokalen politischen Diskurses und lässt sich in diesem ver-

⁷⁰ Vgl. DBV OG MZ Wilde an Deutsche Umwelthilfe, 09.05.1982.

⁷¹ Vgl. DBV OG MZ: Protokoll Vorstandssitzung, 16.01.1988; Forum aktiv für Umwelt und Gesundheit-global denken, lokal handeln: Kostenlose Zeitung zu den „Wochen des ökologischen Konsums“ vom 03. bis 18.09.1988 in Mainz, in: Stadtarchiv Mainz, ZGS / N 002, 003. Die Veranstaltungsreihe wurde schließlich von einem breiten Bündnis aus knapp 30 Initiativen und Verbänden getragen und war in der Umsetzung keine genuin ‚grüne‘ Veranstaltung der Partei.

⁷² Vgl. Demoaufruf an DBV OG MZ, 12.1986; DBV OG MZ: Niederschrift über das 10. Koordinationsgespräch der rheinhessischen Ortsgruppen am 29. November im Eisenturm zu Mainz, 07.12.1986; DBV OG MZ: Protokoll Vorstandssitzung, 07.01.1987.

⁷³ Vgl. DBV OG MZ: Protokoll der Jahreshauptversammlung, 20.01.1984.

orten. Der Wunsch nach Abgrenzung von den *Grünen* bedeutete letztlich eine Absage an den Versuch, eine Umweltschutzpartei in dieser Form zu etablieren. Dies mag nicht zuletzt am politischen Verhaltensstil eines Großteils der Parteilbasis gelegen haben. Bis auf einen gemeinsam abgehaltenen *Mainz-Wiesbadener Naturschutztag* wahrte der *DBV* eine respektvolle Distanz zu den VertreterInnen der Neuen Sozialen Bewegungen und den von ihnen aufgegriffenen Themen. Freilich wurde dieses Nebeneinander von beiden Seiten gepflegt. Dennoch ist auffällig, dass die beiden großen Umweltschutzkonflikte der Region, der Bau der Startbahn West und die Erweiterung des AKW Biblis, im Grunde keine Beachtung bei der *DBV* Ortsgruppe erfuhren. Wenngleich sich im Laufe der 1980er Jahre das Themenrepertoire und die Strategien der *DBV*-Ortsgruppe merklich erweiterten, bestand offenbar gegenüber gewissen Milieus und deren Anliegen auch weiterhin eine respektvolle Distanz. Erst als im April 1987 zahlreiche Gruppen und Initiativen zu einem Gedenktreffen zum Jahrestag des Reaktorunfalls in Tschernobyl aufriefen, beteiligte sich auch der Mainzer Ortsverband.⁷⁴ Die in der Bundesrepublik so prominente Auseinandersetzung rund um die Atomkraft spielte für die Mainzer Ortsgruppe des *DBV* darüber hinaus keine nennenswerte Rolle und wurde erst sehr spät in der Mitgliederzeitschrift thematisiert.⁷⁵

3. Ausblick

Wie die knappe Darstellung der verschiedenen Gruppen im Natur- und Umweltschutz in Mainz und Wiesbaden gezeigt hat, lässt sich für die zweite Hälfte der 1970er Jahre eine Pluralisierung ausmachen. Diese bewegten sich im Spektrum zwischen einer als unpolitisch verstandenen Gremien- und Öffentlichkeitsarbeit in Verbindung mit praktischem Tier- und Naturschutz einerseits und einer stark politisierten Protestkultur, die auch Demonstrationen und Besetzungen mit in die Praktiken einbezog, andererseits. Damit erweiterte sich das Potenzial, Ideen und Forderungen vom Schutz von Natur und Umwelt in unterschiedlichen gesellschaftlichen Milieus zu verbreiten. Der Aufstieg des Umweltschutzes zu einem zentralen Bestandteil politischer und gesellschaftlicher Debatten hat nicht zuletzt hier seinen Ursprung.

⁷⁴ Vgl. BUND für Umwelt und Naturschutz und Mainzer Umweltgruppen, „Tschernobyl schon vergessen? Gedenktreffen So. 26.4.87 auf dem Mz. Domplatz“, in: Stadtarchiv Mainz ZGS / Z 009, 2004/56 (3).

⁷⁵ Vgl. Eine halbe Ewigkeit, in: Nabulletin 2/2008 Mitteilungsblatt der OG MZ u.U. im Nabu Deutschland e.V., S. 6f. Auf Bundesebene wurde bereits 1986 eine Absage an die Atomkraft erteilt. Ein Schritt, der viele konservative Mitglieder veranlasste, den Verband zu verlassen. Markham, *Environmental Organizations*, S. 116.

Dieser Prozess wurde maßgeblich in Städten angestoßen und von städtischen Gruppen getragen. Hier kamen die entsprechenden Trägergruppen, AkteurInnen in Politik und Verwaltung sowie die Konzentration potenzieller Umweltkonflikte zusammen. Und hier verhandelten sie das Thema Umweltschutz anhand kleinteiliger, oft alltäglicher Phänomene. Die Widersprüchlichkeiten und Besonderheiten, wie auch die lokalen Spezifika, die in den Meistererzählungen über den Aufstieg des Umweltschutzes häufig unterbelichtet bleiben, lassen sich auf dieser Ebene sinnvoll untersuchen und offenlegen. Dies gilt gleichermaßen für das bürgerschaftliche Engagement wie auch die kommunale Politik und Verwaltung, die sich ab den 1970er Jahren mit neuen Herausforderungen konfrontiert sah. Während der Fokus in dieser Darstellung auf den Gruppen und AktivistInnen des städtischen Umweltschutzes lag, so bietet die Untersuchung auf der Stadtebene auch erkenntnisreiche Zugänge zu Fragen der Stadtpolitik, der Stadtplanung und -entwicklung sowie der Institutionalisierung des Umweltschutzes bei der städtischen Verwaltung. Debatten, die seit den 1990er Jahren unter dem Schlagwort der „Nachhaltigkeit“ geführt werden, haben ihre Vorläufer in den 1970er und 1980er Jahren. Gerade angesichts der jüngst sehr hitzig geführten Auseinandersetzungen um städtische Verkehrskonzepte und Klimaschutzziele scheint eine Historisierung des Umweltschutzes in Städten geboten. Der Fokus auf die bürgerschaftlichen AkteurInnen hat sich dabei als ein nützlicher und gewinnbringender Zugang erwiesen.